



Ministerium der Justiz Nordrhein-Westfalen, 40190 Düsseldorf

Seite 1 von 1

Präsident des Landtags
Nordrhein-Westfalen
Herrn André Kuper MdL
40221 Düsseldorf

für die Mitglieder
des Rechtsausschusses

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
17. WAHLPERIODE

VORLAGE
17/5341

A14

21. 06. 2021

Aktenzeichen
4206 - III. 35
bei Antwort bitte angeben

Bearbeiter: Herr Pritsch
Telefon: 0211 8792-565

78. Sitzung des Rechtsausschusses des Landtags Nordrhein-Westfalen am 23. Juni 2021

Öffentlicher Nachbericht der Landesregierung zu TOP „Betrug Corona Finanzhilfen – Stand der Ermittlungen“

Anlage

1 Bericht nebst Anlage

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,

zur Information der Mitglieder des Rechtsausschusses übersende ich als Anlage einen öffentlichen Nachbericht zu dem o. g. Tagesordnungspunkt.

Mit freundlichen Grüßen

Peter Biesenbach

Dienstgebäude und
Lieferanschrift:
Martin-Luther-Platz 40
40212 Düsseldorf
Telefon: 0211 8792-0
Telefax: 0211 8792-456
poststelle@jm.nrw.de
www.justiz.nrw



**Ministerium der Justiz
des Landes Nordrhein-Westfalen**

78. Sitzung des Rechtsausschusses
des Landtags Nordrhein-Westfalen
am 23. Juni 2021

Schriftlicher Nachbericht zu dem TOP

**„Betrug Corona Finanzhilfen –
Stand der Ermittlungen“**

I.

Der vorliegende Nachbericht geht über die Angaben des schriftlichen Berichts zur 71. Sitzung des Rechtsausschusses (Vorlage 17/5015) insofern hinaus, als er nunmehr den Erhebungszeitraum April 2020 bis einschließlich Mai 2021 umfasst und eine Ausdifferenzierung der staatsanwaltschaftlichen Erledigungen beinhaltet.

Ausweislich der Berichte der Generalstaatsanwältin und Generalstaatsanwälte des Landes wurden in der Zeit von April 2020 bis Mai 2021 wegen des Verdachts des Subventionsbetruges im Zusammenhang mit Corona insgesamt 7.204 Verfahren eingeleitet. Nähere Einzelheiten bezüglich der staatsanwaltschaftlichen und gerichtlichen Erledigungen sind der Anlage 1 zu entnehmen.

II.

Das Ministerium des Innern hat für seinen Geschäftsbereich am 15. Juni 2021 Folgendes mitgeteilt:

„Aus einer fortlaufenden Sonderauswertung der Vorgangsbearbeitungssysteme der Polizei Nordrhein-Westfalen liegen Daten vor, die sämtliche Fälle abbilden, anlässlich derer die Polizei seit Beginn der Corona-Pandemie in Fällen des „Subventionsbetrugs im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie“ ermittelte. Im Zeitraum vom 1. Februar 2020 bis zum 6. Juni 2021 wurden in den polizeilichen Vorgangsbearbeitungssystemen 5.075 Fälle des Subventionsbetrugs im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie erfasst. Die Gesamtschadenssumme beläuft sich auf 45.350.478 Euro. Im Rahmen der fortlaufenden polizeilichen Ermittlungen unterliegen diese Daten Veränderungen, die sowohl die strafrechtliche Einordnung eines Sachverhalts als auch die Erkenntnisse über die jeweiligen Schadenshöhen betreffen können.

Für das Jahr 2020 liegen nun zudem qualitätsgesicherte Daten der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) für das Land Nordrhein-Westfalen vor. Die PKS weist für das Jahr 2020 unter dem Deliktschlüssel „Subventionsbetrug im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie“ 2.894 Fälle mit einem Gesamtschaden von 28.870.050 Euro aus.

Informationen zu Verfahrensausgängen liegen hier nicht vor.“

Verfahrenseingänge*		GStA Düsseldorf	GStA Köln	GStA Hamm			
		2.468	2.019	2.717			
Bezogen auf Beschuldigte	rechtskräftig ab- geschlossene gerichtliche Verfahrens- erledigung*	Erledigung insgesamt			2.538	1.631	2.863
		davon durch			157	238	415
		Anklage			467	450	473
		Strafbefehl			31	22	58
		Einstellung mit Auflage			100	139	323
		Einstellung ohne Auflage			982	524	916
		Einstellung nach § 170 Abs. 2 StPO			801	258	678
		sonstige Erledigung			185	284	295
		Verurteilung			2	5	10
		Freispruch					

* Sämtliche Daten beziehen sich auf den Zeitpunkt ab Erfassung im April 2020 bis zum 31. Mai 2021.